



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81681 - 83
Fernschreiber 086690

P/XIV/105 - 12. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	P f i n g s t e n 1959 Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB, Innenminister a.D.	59
3 - 4	Weder "Sieger" noch "Besiegte" Bericht aus Genf	97
5	<u>Das Minuten-Interview:</u> MdB Fritz Erler Zur Warnung verpflichtet	29
6 - 7	Ausgleich im Innern, Verständigung nach aussen Zur 4. Bundes-Jugendkonferenz des DGB in Kassel	72

* * *
* * *

P f i n g s t e n 1959

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinenmann, MdB, Innenminister a.D.

Woher und wodurch lebt die christliche Kirche? Die Apostelgeschichte berichtet, daß sie nicht Menschenwerk, sondern Gottes eigenes Werk ist. Sie entstand zu Pfingsten vor rund 2.000 Jahren in Palästina und feiert in der alljährlichen Wiederkehr dieses Festes sozusagen ihren Geburtstag. Seitdem hat sie eine unvergleichliche Geschichte der Ausbreitung, der Verfolgungen, der Entartungen und der Erneuerungen aus eben derselben Verkündigung zurückgelegt, aus der sie dereinst entstand.

Wenn die Kirche auf ihre Geschichte stolz sein wollte, so würde sie schon damit bekunden, daß sie ihren Ursprung aus dem Handeln Gottes vergessen hätte. Wohl aber ist das eigene Handeln der Kirche im Laufe der Generationen oft genug armseliges Menschenwerk gewesen. Auch in ihrer Mitte haben sich menschliche Selbstsucht, Machtgelüste und Überhebung breitgemacht. Das große Bilderbuch ihrer langen Geschichte ist bis in unsere Tage hinein von vielfältigem Versagen des Bodenpersonals Gottes erfüllt.

Ein besonders arger Versagen der Kirche wurde zumeist dann offenbar, wenn sie ihren ureigensten Auftrag zur Verkündigung der biblischen Botschaft verriet und sich zum Diener und Teilhaber weltlicher Interessen einer bestimmten Gesellschaftsordnung machen ließ. Vertrauen der Kirche auf weltliche Macht ist Mißtrauen in Gottes Verheißung und Allmacht. Mehr als einmal erlebte die Kirche, daß sie ihre Verquickung mit einer bestimmten Gesellschaftsordnung bei dem Zusammenbruch dieser Ordnung mit dem Zorn oder Haß der Gegner bezahlen mußte.

Es genügt, auf den Leidensweg der Kirche in Rußland nach 1917 hinzuweisen.

Unsere deutsche Geschichte kennt solche Vermischungen zumal aus der Zeit von Thron und Altar, d.h. aus der Zeit, in der Kirchenleitung und Staatsleitung weitgehend miteinander verquickt waren,

und die Kirche, von schönen Ausnahmen abgesehen, in dem langen Kampf der Arbeiterschaft um politische und soziale Rechte einseitig zugunsten ungerechter Ordnungen Partei ergriff. Sie hat es mit der Entfremdung vieler ihrer Glieder bezahlen müssen.

Auch in der Gegenwart steht die Kirche überall dort, wo Regierungen oder Parteien sie zum Vorspann in großen Gegensatz zwischen Ost und West gebrauchen wollen, auf eine andere Weise wiederum in der Versuchung, sich anzupassen und verstricken zu lassen. Zugleich erlebt sie in der marxistischen Umwelt offene Feindseligkeit, die sich bis zu einer Bedrückung und Bedrängnis steigert. Beide Formen einer Begegnung mit den Mächten dieser Welt, die versüßlichen und die feindseligen, sind nichts Neues, so oft auch das Spiel im Wechsel der Zeiten aufs Neue unternommen wird. Beide Formen wiederholen sich nur mit Abwandlung der Personen und der Szenerie. Sie werden auch den weiteren Weg der Kirche ebenso wie die menschliche Unzulänglichkeit ihrer Glieder und Diener begleiten.

Und dennoch besteht die Kirche! Pfingsten erinnert sie daran, woher und wodurch sie lebt. Vor einer gottlosen Welt braucht sie, wie Prof. Kromadka-Frag einmal formuliert, keine Angst zu haben, wohl aber vor ihrer eigenen Ungläubigkeit.

Ungläubigkeit ist geeignet, die Kirche blind zu machen sowohl für die Schwachheit der ihr begegnenden Drohungen als auch für die Gefährlichkeit der ihr bereiteten Verlockungen, sich in eine Obhut der weltlichen Gefangenschaft zu begeben. Hinter beiden steht derselbe Widersacher.

Immer wieder muß die Kirche ihren Weg zwischen beiden Formen der Antastung ihres Auftrages suchen, indem sie sich aus der getrostesten Gewisheit ihres Pfingstglaubens nicht beirren läßt.

Weder "Sieger" noch "Besiegte"

G.M., Genf

Es wird nach diesen etwas aufregenden ersten Tag der Außenminister-Konferenz nicht an Stimmen fehlen, die je nach Temperament und politischer Einstellung von "Sieg" oder "Niederlage" reden und schreiben werden. Die einen werden sagen, die Tatsache, daß Gromyko durch die geschlossene Haltung des Westens veranlaßt wurde, seine ursprüngliche Forderung nach gleichberechtigter Anwesenheit der beiden deutschen Delegationen zurückzuziehen, sei ein Beweis dafür, wie schnell sich "Härte" bezahlt mache. Die anderen werden sagen, die Teilnahme der beiden deutschen Delegationen sei nunmehr gesichert, und es bestehe kein Zweifel mehr darüber, daß Bonn und Pankow zu gegebener Zeit ihre Stimmen zur Geltung bringen können.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Zulassung der beiden deutschen Delegationen zu einer Außenminister-Konferenz der ehemaligen Siegermächte des zweiten Weltkrieges der Beginn eines neuen Kapitels in der Nachkriegsgeschichte sein dürfte. Während bei der Außenminister-Konferenz 1955 die deutschen Delegationen weit voneinander entfernt nur durch die Hintertür und nach Abschluß der Konferenztage mit ihren jeweiligen Alliierten sprechen konnten, sitzen sie jetzt im Konferenzzimmer selbst und können direkt ihre Stimme erheben.

Noch wenige Stunden vor dieser Regelung hatte der offizielle Sprecher der westdeutschen Delegation erklärt, die Viererkonferenz dürfte nicht zu einer Konferenz von sechs Teilnehmern werden, die Deutschen sollten nicht bei der Eröffnung zugegen sein. Der Sprecher begründete seine Haltung mit der Feststellung, daß eine Änderung dieses Prinzips ein Abgleiten von der Verantwortung der Viermächte für die Wiedervereinigung Deutschlands bedeute.

Diese "harte Haltung" Bonns gehörte bei Konferenzbeginn der Vergangenheit an. So schnell geht das hier in Genf ...

Es ist bekannt geworden, daß die deutschen Delegationsteilnehmer nicht miteinander gesprochen haben. Dagegen begrüßte der westdeutsche Delegationsführer, Botschafter Grewe, nach Schluß der Sitzung ostentativ den russischen Außenminister Gromyko. Doch das sind Nebenerscheinungen, die vielleicht dann Bedeutung gewinnen können, wenn - wie zu erwarten ist - die Russen versuchen werden, im Verlauf der Konferenz die beiden deutschen Delegationen, vielleicht in irgendeiner technischen Frage, doch einander näherzubringen.

Jetzt wartet alles gespannt darauf, wie sich die Deutschen in den Konferenzablauf einschalten werden oder - besser gesagt - einschalten dürfen. Es wurde nämlich zwischen den "Großen" vereinbart, daß sich die deutschen Vertreter in einer Deutschland betreffenden Frage zu Wort melden können, wenn ihnen der jeweilige Vorsitzende im Einvernehmen mit seinen Kollegen die Genehmigung dazu erteilt.

In den offiziellen Pressekonferenzen der "Großen" am Montagabend wurde in diesem Zusammenhang das Wort "Veto" vermieden. Der Begriff "Einvernehmen" wird im allgemeinen so ausgelegt, daß ein Vertreter der beider deutschen Delegationen nur dann sprechen kann, wenn keiner der

"Großen Vier" Einwände dagegen erhebt. Sollte dies jedoch geschehen, so wird man entsprechend einer Vereinbarung die Sitzung unterbrechen und zunächst zwischen Amerikanern, Engländern, Russen und Franzosen festzustellen versuchen, ob nicht doch Einmütigkeit in der Frage der Zulassung einer deutschen Wortmeldung erzielt werden kann. Man geht sogar noch weiter: Wenn dieses Einvernehmen nicht erreicht wird, soll durch Vermittlung erzielt werden, daß die Wortmeldung wieder zurückgezogen wird. Auf diese Weise soll in jedem Fall die Anwendung eines bestimmten Veto-Rechts vermieden werden.

Dieses kleine Beispiel zeigt, daß man noch mit heftigen Diskussionen über Prozedurfragen rechnen kann, zumal sich die Russen und die DDR-Vertreter den Anschein geben, als sei die jetzt erfolgte Einigung zu Beginn der Konferenz das Zugeständnis des Westens für die aktive Mitwirkung "der Deutschen" an den weiter zu behandelnden Fragen. Der Sprecher der russischen Delegation, Michael Kharlamov, versicherte jedenfalls am späten Montagabend, von diesem Veto-Recht könne keine Rede sein, die Sowjetunion betrachte die Deutschen als Konferenzteilnehmer...

Es gilt als ausgemacht, daß die deutschen Vertreter, wenn sie zu Wort kommen, auf jede gegenseitige Beschuldigung verzichten und keine Propagandareden halten. Aber auch hier wird es voraussichtlich zahlreiche Meinungsverschiedenheiten geben, denn was z.B. der Westen als Feststellung einer Tatsache betrachtet, muß im Osten nicht gleichermassen bewertet werden. Umgekehrt wird es sicher genau so sein. Es verführt jedoch zu einem gewissen Optimismus über den weiteren Konferenzablauf, wenn man bei den Delegationen der "Großen Vier" hört, daß im Prinzip Versuche der Deutschen, sich vor dem Weltforum dieser Konferenz gegenseitige Fehler vorzuwerfen, zurückgewiesen werden sollen.

Im westlichen Lager ist natürlich eine intensive Diskussion darüber im Gange, was Gromyko veranlaßt haben könnte, den Vorschlag zur gleichberechtigten Hinzuziehung der Deutschen zu machen, von dem er wissen mußte, daß er zumindest in dieser Form auf die geschlossene Ablehnung des Westens stoßen mußte.

Die Amerikaner sagen dazu, Gromyko wollte gleich zu Beginn der Konferenz abtasten, ob es nicht doch Risse in der westlichen Einheit gibt. Die Franzosen sind wesentlich vorsichtiger in der Beurteilung dieser Frage. Sie meinen, Gromyko habe sich durch seinen Vorstoß und das verhältnismäßig schnelle Nachgeben ein Alibi für von ihm erwartete Konzessionen des Westens beschaffen wollen. Auch die Engländer sind geneigt, dieser französischen Beurteilung zuzustimmen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob Gromyko auch in anderen Fragen, und zwar viel wichtigeren als die der Prozedur, die zu Beginn der Konferenz gezeigte Flexibilität der Russen weiter praktizieren wird.

Faßt man alles zusammen, so darf man damit rechnen, daß der Osten nicht müde werden wird, bei allen Deutschland betreffenden Fragen seine bekannte These zu wiederholen, daß die Deutschen selbst versuchen müßten, ihre Probleme zu lösen. Sie werden auch sagen, jetzt, da wir die Deutschen nun einmal hier haben und sie bereits unter einem Dach mit uns sitzen, sie also direkt den Konferenzablauf verfolgen können, sollte es nicht schwer fallen, ihre speziellen Probleme, vielleicht in einer Art von Nebenkonzferenz, zu erörtern und uns, den "Großen", dann Vorschläge zu unterbreiten.

Das Minuten-Interview:

MdB Fritz Erler:

Zur Warnung verpflichtet

SPD-Pressedienst: Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Krone, hat an die Opposition im Zusammenhang mit dem Beginn der Genfer Aussenministerkonferenz kürzlich den Appell gerichtet "aus vaterländischer Verantwortung Mass in der Kritik der Regierungspolitik zu halten". Es sei leider zu beobachten, sagte Dr. Krone, wie es im Denken der Opposition gegenwärtig oft als eine Aufgabe angesehen werde, die Bundesregierung als halbstarrigen Störenfried im Kreis der Mächte zu verdächtigen. Herr Abgeordneter Erler, was sagen Sie zu diesem Versuch der CDU/CSU, das Recht auf Kritik zu beschneiden?

MdB. Fritz Erler: Die Bundesregierung hat es unterlassen, die unseren Staat mittragenden oppositionellen Kräfte umfassend über ihre Informationen und Absichten zur Vorbereitung der kommenden Konferenzen zu unterrichten. Gemeinsame Aussenpolitik ist nur möglich, wenn die Beteiligten wissen, um welche Politik es sich dabei eigentlich handelt. Wer den Versuch unternimmt, die Opposition aus der Beratung der künftigen politischen Entschlüsse auszuschliessen, darf sich nicht wundern, wenn die Opposition aus Sorge um das Schicksal unseres Volkes ihre warnende Stimme erhebt. Die Opposition ist dazu nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Allzu oft ist das deutsche Volk durch die Entschlüsse eigenmächtig handelnder Regierungen in Gefahr gebracht worden, das darf sich nicht wiederholen.

Öffentliche Diskussionen wären zu vermeiden gewesen, wenn die Bundesregierung alle demokratischen Kräfte wenigstens vertraulich an der Erarbeitung der Verhandlungslinie beteiligt hätte. Die Verantwortung und die Handlungsfähigkeit der Regierung wären dadurch nicht geschmälert worden. Leider wurde auch von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht. In anderen Demokratien, vor allem bei den Angelsachsen, sind eine solche Unterrichtung und Klärung selbstverständlich.

Ausgleich im Innern, Verständigung nach außen

K.-H.B. - Niemand bekam auf der 4. Bundes-Jugendkonferenz des DGB in Kassel soviel Beifall wie Waldemar von Zuceringen. Dabei hatte der stellvertretende SPD-Vorsitzende keine goldenen Berge versprochen, weder neue "Wirtschaftswunder" noch drohende Krisenprophezeit. Vielmehr stand im Mittelpunkt seines Referates die Frage: Wie bewältigt der Mensch geistig das technische Zeitalter, was muß geschehen, damit nicht die Roboter und Elektronengehirne das Menschsein auslöschen? Seine Antwort war klar und präzise: "Soll diese Welt weiterleben", rief er aus, "so muß eine höhere Ordnung und eine Politik kommen, die nicht von materialistischen Interessen diktiert wird". Seine Forderung, daß ein Max-Planck-Institut für den Bildungsinhalt des Menschen im technischen Zeitalter errichtet werden müsse, fand ein begeistertes Echo. Die als "materialistisch" und "ideallos" verschrieene Jugend bekannte sich zu den Ideen eines Mannes, der für eine neue Gesellschaftsform und für "ein Geschlecht von sachlich denkenden, vernünftigen, aber großherzigen Menschen" eintritt.

Selten ist so deutlich wie in Kassel bewiesen worden, welche Ideale in der arbeitenden Jugend von heute schlummern. Diese Jugend macht ganz einfach nicht mit, wenn in der Bundesrepublik der saturierte Bürger zum Vorbild und das "Wirtschaftswunder" zum Lebenselixier erhoben werden. Sie akzeptiert die These Werner Hansens vom DGB-Vorstand, daß Kühlschränke noch kein demokratisches System bedeuten. Aber sie ist auch keinesfalls bereit, "den Honigtopf", wie sich ein Gast aus der Schweiz ausdrückte, "in einem Käfig zu genießen". Die Gewerkschaftsjugend weiß, daß - wie es im DGB-Jugendsozialprogramm heißt - "sozialpolitische Maßnahmen allein nicht genügen. Es ist vielmehr eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erforderlich".

Man wird lange nachdenken müssen, um sich einer Konferenz zu erinnern, auf der so fleißig gearbeitet, so gründlich diskutiert und so mutig gestritten worden ist wie am vergangenen Wochenende in Kassel. Diese Delegierten, die sich als Vertreter von 780.000 Jugendlichen der DGB-Gewerkschaften vorstellten, repräsentieren eine arbeitende Jugend, die nicht zu den notorischen Ja-Sagern zählt, die unabhängig denkt und sich von niemand an die Kandare nehmen läßt. Sie ist realistisch, aber auch begeisterungsfähig, vor allem aber durchdrungen von dem Wil-

len, saubere demokratische Verhältnisse zu schaffen. Und sie ist nicht der Überzeugung, daß die Spaltung Deutschlands hingenommen werden müßte.

Mehrere Entschlüsse, über die teilweise zuvor leidenschaftlich debattiert worden war, befaßten sich mit solchen politischen Fragen. Scharf wandten sich die Delegierten gegen neonazistische Tendenzen und Rassenhetze, sie verlangten weiter eine Prüfung der Frage, inwieweit die DRP juristisch durch eine Verfassungsklage belangt werden kann. Sie grüßten demonstrativ die Berliner, und sie wandten sich an die Genfer Konferenz mit der Bitte, eine friedliche Entspannungspolitik einzuleiten. Von der Bundesregierung forderten sie eine Politik des Ausgleichs der sozialen Gegensätze im Innern und nach außen Verständigung und Abrüstung. Sie hielten nichts von einer Politik der Stärke, von psychologischer Kriegsführung und atomarer Bewaffnung, aber sie sind bestrebt, ein gutes Verhältnis zu den Soldaten der Bundeswehr herzustellen.

In einer Entschlußung zur Wiedervereinigung bekannte sich die Gewerkschaftsjugend zu einem demokratischen, freiheitlichen und sozialen Deutschland. Mit großer Sorge erfüllt sie die Gefahr, daß durch die Maßnahmen des SED-Regimes die menschliche Brücke zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone gänzlich zerstört wird. Darum fordert sie Treffen junger Menschen aus Ost und West, die frei von staatlichem Einfluß und kommunistischer Propaganda sind, darum will sie versuchen, junge Arbeitnehmer der Sowjetzone zu "nicht bevormundeten Begegnungen" einzuladen, darum will sie sich ein möglichst objektives Bild von den Zuständen in der "DDR" machen, und darum will sie Zeitschriften und Informationsmaterial über die Zonengrenze schicken. Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist für sie kein Lippenbekenntnis. Aus diesem Grunde fühlt sie sich zu dieser neuen Initiative verpflichtet.

Wie ernst es die Gewerkschaftsjugend mit ihren Anliegen meint und in welchem Maße sie bereit ist, mit gutem Beispiel voranzugehen, das zeigte sich bei einer anderen Gelegenheit. Als sich eine Diskussion über die Situation der Kinder in Algerien und in anderen Entwicklungsländern entspann, kam spontan der Antrag, hier in der Konferenz mit einer Hilfeleistung zu beginnen. Und jeder Delegierte und Gast griff in die Tasche, und keine Spende unterschritt den Betrag von fünf Mark.